

# Amtliches Kreis-Blatt



## für den Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreisaußschusses.  
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:  
Die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pfg.,  
Werkzeitszeit: 10 Pfg.

Ausgabestellen:  
In Diez: Rosenstraße 36.  
In Bad Em: Admerstraße 56.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,  
Diez und Bad Em.  
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Em.

Nr. 91

Diez, Freitag den 19. April 1918

58. Jahrgang

### Amtlicher Teil

S.-Nr. 6928.

Diez, den 13. April 1918.

An die Herren Bürgermeister

**Betr. Vertilgung der der Landwirtschaft schädlichen  
Vögel.**

Gleich wie im Vorjahr, so besteht auch in diesem Jahre ein besonderes Interesse an der Vertilgung der der Landwirtschaft schädlichen Vögel.

Insbondere kommen die rabenartigen Vögel in Betracht (Raben, Krähen, Dohlen, Elstern, Hähner u. a.)

Die Herren Bürgermeister haben daher überall da, wo die Vögel in schädigender Weise auftreten, unverzüglich Vorkehrungen zu ihrer Vernichtung zu treffen.

Als Bekämpfungsmaßnahmen kommen in Frage:

1. Aushebung der Eier und der jungen Brut,
2. Abschuss der Krähen durch die Jagdpächter und vertrauenswürdige Personen,
3. Durchführung der Massen-Vergiftungen,
4. Weizen des Saatgutes.

In erster Linie dürfte sich der Abschuss der Tiere durch die Jagdpächter und sonstige vertrauenswürdige Personen empfehlen, zumal der Kreis eine Prämie von 15 Pfg. für das Stück gewährt.

Sie wollen das Geeignete sofort in die Wege leiten und mir berichten, falls sich sogenannte Rabenkolonien in Ihrer Gemarkung befinden.

Der Landrat.  
Thon.

Diez, den 10. April 1918.

**Betrifft: Nutz- und Zuchtviehmärkte.**

Nach Ziffer 4 der Bekanntmachung der Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden in Frankfurt am Main, vom 2. März 1918, abgedruckt im Amtlichen Kreisblatt Nr. 67, ist für jedes zum Markt gebrachte Stück Vieh ein Ursprungsschein über dessen Herkunft beizubringen. Der Ursprungsschein ist von der Gemeindebehörde des Standortes auszustellen.

Um jederzeit über die Erteilung der Ursprungsscheine unterrichtet zu sein, ordne ich hiermit an, daß alle Anträge von Viehbesitzern auf Erteilung eines Ursprungsscheines vorher der Kreisfleischstelle in Diez vorzulegen sind. Erst nach Zustimmung der Kreisfleischstelle darf der Ursprungsschein von der Ortspolizeibehörde ausgestellt werden. Die Anträge müssen die in dem Ursprungsschein geforderten Angaben enthalten, wie auch der Markt, auf den das Vieh gebracht werden soll, angegeben sein muß.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, dies in den Gemeinden bekannt zu geben, namentlich aber die Viehhändler auf die Bestimmung aufmerksam zu machen.

Der Landrat.  
Thon.

I. 2162.

Diez, den 10. April 1918.

### Bekanntmachung.

In den Bestimmungen über die Schwirrkastung des Zementes vom 20. September 1917, ist insofern eine Aenderung mittelfristig eingetreten, als künftighin die seither geforderten Bescheinigungen der zuständigen Baupolizei- u. Gemeindebehörden über führen- und jährliche Abgabe von kleinen Mengen Zement nicht mehr vorgeschrieben sind. Jedoch darf diese Abgabe höchstens 100 Sack für den Monat an dieselbe Baustelle betragen. Jeder Inhaber eines solchen Lagers hat eine Liste zu führen, in welcher alle Angaben über den Verkauf der einzelnen, an die Verbraucher abgegebenen Zementmengen hinsichtlich Name desselben, Zementmenge, Verwendungszweck und Kaufpreis enthalten sind; die Liste muß jederzeit der Einsicht der Zementausgleichsstelle bzw. der zuständigen Kreisfleischstelle zur Verfügung stehen.

Der Königl. Landrat.  
Thon.

S.-Nr. II. 4008.

Diez, den 10. April 1918.

**Betr. Brotkartenausgabe.**

Die Gültigkeit der Brotkarten für die Zeit vom 1. April bis 28. April 1918 läuft am 28. April 1918 ab. Die neuen Brotkarten, die für die Zeit vom 29. April bis 28. Mai 1918 Gültigkeit haben, und einen unveränderten Abdruck der horigen Ausgabe darstellen, werden Ihnen rechtzeitig durch die Druckerei zugehen.

Die alten bis 28 April d. J. noch nicht verwen-  
deten Brotmarken verlieren alsdann ihre Gültigkeit. Der  
Umtausch der alten Brotmarken gegen neue hat in den Tagen  
vom 22. April bis 27. April 1918 stattzufinden.

Die diesbezüglich von der Ortspolizeibehörde erlassenen  
Vorschriften sind genau zu beachten, damit sich der Um-  
tausch überall glatt vollzieht.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.  
Thon.

In Nr. Nr. 221 B. Berlin NB. 40, 15. März 1900.

#### Bekanntmachung.

Die seit einigen Jahren von der Abteilung ausgeführte  
Prüfung von trigonometrischen Punkten hat ergeben, daß  
die Marksteine zum Teil ganz verschwunden, zum Teil aus  
dem Acker herausgenommen und am Wall oder im Graben  
niedergelegt, zum Teil an Ort und Stelle liegend vergraben  
sind. Die Besitzer sind fast ausnahmslos im Unklaren über  
den Zweck und Wert der trigonometrischen Marksteine. Sie  
besitzen die Marksteinschutzflächen in dem Glauben, daß  
ihnen zwar der Boden nicht gehöre, ihnen aber die Nut-  
ziehung überlassen sei. Diese Annahme ist natürlich irrig.  
Die Marksteinschutzfläche, d. i. die kreisförmige Bodenfläche  
von zwei Quadratmetern um den Markstein, darf nicht vom  
Pfluge berührt werden. Vergl. § 2 der Anweisung vom  
20. Juli 1878, betreffend die Einrichtung und Erhaltung  
der trigonometrischen Marksteine. Zuwiderhandlungen wer-  
den nach § 370, 1 des R.-Str.-G.-B. mit Geldstrafe bis zu  
150 Mark bestraft.

Durch das Umpflügen und Eggen der Marksteinflächen  
entstehen die vielen Verrückungen und Beschädigungen der  
Marksteine; mit der geringsten Verschiebung ist aber der  
Punkt zerstört und kann nur unter Auswendung von erheb-  
lichen Kosten von Technikern der Landesaufnahme wieder  
hergestellt werden. Die Zerstörung von trigonometrischen  
Punkten der Preussischen Landestriangulation fällt unter  
§ 304 des R.-Str.-G.-B. (Gegenstand der Wissenschaft) und  
wird mit Geldstrafe bis 900 Mark oder mit Gefängnis bis  
zu zwei Jahren bestraft.

Trigonometrische Abteilung der Königl. Landes-  
aufnahme.  
v. Vertrab.

S.-Nr. I. 1620.

Diez, den 14. März 1918.

An die Ortspolizeibehörden  
und die Königl. Gendarmen des Kreises.

Vorstehendes wiederholt zur genauen Beachtung

Die Ortspolizeibehörden wollen diejenigen Personen,  
auf deren Grundstücken sich trigonometrische Marksteine be-  
finden, über obenstehende Aufklärungen der Königl. Landes-  
aufnahme in Berlin belehren und auch die übrige  
Bevölkerung in geeigneter Weise darauf aufmerksam machen.  
Dabei ist darauf hinzuwirken, daß die Marksteine für die  
Landesaufnahme als auch für alle hieran anschließenden  
Bermessungen einschließlich der Katasteraufnahmen sowie  
die Aufnahme von Konsolidationen, Zusammenlegungen,  
für militärische und viele andere Zwecke von Bedeutung sin-  
d. Wiederholt ist es vorgekommen, daß Beschädigungen an  
Marksteinen von Kindern verübt worden sind. Dies könnte  
verhütet werden, wenn die Lehrer die Kinder auf die Be-  
deutung solcher Steine aufmerksam machten; in dieser Hin-  
sicht wollen sich die Ortspolizeibehörden mit den Herren  
Lehrern in Verbindung setzen.

Die Ortspolizeibehörden und Kgl. Gendarmen haben stä-  
ndig davon zu überzeugen, ob die Marksteine sich noch  
in vorchriftsmäßigem Zustande befinden, und mir von jeder  
Beschädigung oder Verrückung sofort Anzeige zu erstatten.  
Bei den Revisionen ist jede Beschädigung der Feldfrüchte  
unbedingt zu vermeiden. Die Kgl. Gendarmen verweise ich auf  
die ihnen bisher zugegangenen und weiter zugehenden An-

zeichnisse über die vorhandenen Marksteine und die ihnen  
gewordene besonders Anweisung zur Berichterstattung vom  
27. 3. 1911, I. 1068.

Der Landrat.  
J. B.:  
Zimmermann

Diez, den 12. April 1918.

An die Magistrate in Diez, Bad Ems und Nassau  
und an die Herren Bürgermeister der Landgemeinden.

Ich verweise nochmals auf meine Verfügungen vom  
8. April 1918, Nr. 536 und 537 E, und ersuche um pünktliche  
Einhaltung des für die Einreichung der Nachweisungen ge-  
setzten Termins.

Der Vorsitzende  
der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission  
des Unterlahnkreises.  
Thon.

## Nichtamtlicher Teil.

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 17. April.

Am Bundesratsstisch: Müdlin.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um  
3,30 Uhr. — Auf der Tagesordnung steht die zweite Be-  
ratung zum Posthaushalt.

Abg. Meier-Hersford (kons.) erstattet den Bericht des  
Aus Ausschusses und bittet um Annahme des Haushalts.

Staatssekretär des Reichspostamts Müdlin: Die ein-  
maligen Ausgaben sind weniger bedacht worden. Insge-  
samt haben wir Mehrausgaben von 7,9 Millionen Mark. Die  
Ausgaben werden wesentlich beeinflusst von den Rene-  
rationszulagen für die Arbeiter und die um ein Viel-  
faches gestiegenen Materialpreise. Wie die Verhältnisse  
des Jahres 1918 sich gestalten werden, ist noch nicht zu  
übersehen. Die Postdiebstähle fallen nur zum Teil den  
Bramten zur Last. Die Feldpost hat mit gewaltigen Schwie-  
rigkeiten zu kämpfen. Dahin gehört auch die Beschließung  
durch den Feind. Eine große Zahl pflichttreuer Beamten  
hat am Sortiertisch oder auf dem Kutschbock den Tod  
gefunden. Zum erstenmal während des Krieges wird von  
Beamten in diesem Sommer der volle Erholungsurlaub wie  
vor dem Kriege gewährt werden. (Bravo!) Auch unter  
den schwierigen Verhältnissen wird die Beamtschaft weiter  
treu ihre Pflicht tun.

Abg. Racke (Ztr.): Eine große Anzahl von Postbe-  
amten hat den Tod fürs Vaterland gefunden. Ehre ihrem  
Andenken. (Beifall.) Alle Klassen der Beamtschaft haben  
ihre Pflicht voll erfüllt. Die Postdiebstähle sind in vielen  
Fällen auf Rot zurückzuführen. Sie stellen meist Mande-  
roub dar und sollten mit möglicher Milde behandelt  
werden. Die Einschreibepakete sollten wieder eingeführt  
werden, wodurch der Verderb vieler Waren vermieden wer-  
den wird. Die Portofreiheit für die Feldpostsendungen muß  
bestehen bleiben. Nach Möglichkeit sollten unsere Beamten  
in höhere Stellen einrücken können. Wir begrüßen es, daß  
eine Reihe neuer Stellen im Haushalt vorgesehen ist.

Staatssekretär Müdlin: Die Mehrzahl der Bestra-  
fungen für Postdiebstähle betrifft das nicht ständige Per-  
sonal. Viele Päckchen verschwinden schon vor der Einlie-  
ferung bei den Postanstalten durch Hausangestellte usw. Ein  
weiterer Teil verschwindet auf dem Eisenbahntransport,  
wo die Diebstahlsmöglichkeiten weit größer sind als bei der  
Post. Nach der Ankunft an der Front entzieht sich das  
weitere Schicksal der Päckchen unserer Kontrolle. Die Auf-

hebung der Haftung für die Postsendungen, zu der wir berechtigt wären, beabsichtigen wir nicht. Die Portofreiheit für die Feldpostsendungen wollen wir beibehalten. Schon mit Rücksicht auf die Stimmung der Truppen im Feld. Dem Wunsch der Postagenten und Postverwalter ist durch die Auflockerung in den letzten Monaten schon entsprochen worden.

Abg. Taubadel (Soz.): Die Postdiebstähle sind ein betrübendes Zeichen des Sinkens der Moral, die größte Gemeinheit aber sind die Diebstähle an den Feldpostpaketen.

Nach einer Rede des Abg. Hubrich-Oberbarnim (Wpt.) wird die Weiterberatung auf Donnerstag 3 Uhr vertagt; außerdem Stat der Reichsdruckerei und Reichseisenbahnen.

## Die Steuervorlagen sind eingegangen.

Wohl Steuerborschläge sind dem Reichstage zugegangen. Der Inhalt ist zwar noch nicht bis ins einzelne bekannt, aber was wir davon wissen, genügt, um ein Bild zu geben von dem Ernst der bevorstehenden gesetzgeberischen Arbeit des Reichstages.

Es gilt die Einnahmen zu schaffen für die notwendigen Ausgaben des Reiches. Ein augenblicklicher Fehlbetrag von fast drei Milliarden Mark — genauer 2875 Millionen — ist zu decken. Der Krieg hat uns an die Milliardenziffern gewöhnt, und wir haben schon mit vielem Außergewöhnlichen rechnen gelernt. Dazu zählen nun auch die Steuerborschläge des Reichsschatzamtes, die nun der eingehenden Prüfung des Reichstages unterliegen werden.

Ein kurzer Ueberblick sei hier vorerst gegeben.

Das Reich schafft ein Monopol für den Branntwein aus Kartoffeln. Gleichzeitig werden für alle anderen Spirituosen und auch für die Mineralwässer neue Steuern oder Steuererhöhungen eingeführt. Auch das Bier muß wieder daran glauben. Die Weinststeuer fehlt nicht. Sie soll nicht vom Winzer erhoben werden, sondern beim Uebergang in den Verbrauch.

Das nächste große Projekt ist eine Umsatzsteuer. Sie soll nicht die Rohstoffe treffen, im übrigen aber den ganzen Waren- und Geldverkehr umfassen. Jeder Kauf, jede Zahlung einer Handwerkerrechnung, eines Arzt- oder Rechtsanwalts honorars, eines Zeitungsinsertes macht in Zukunft einen Steuerbetrag fällig. Gehalts- und Lohnzahlungen bleiben steuerfrei. Besonders kräftig faßt die Steuerbehörde beim Kauf von Luxusartikeln zu. Dahin rechnen Kunstwerke und Musikinstrumente.

Eine weitere Steuervorlage beschäftigt sich mit neuen Börsensteuern. Die Kriegsgewinnler werden durch eine neue einmalige Abgabe betroffen. Die vorgeschriebenen Rücklagen der Gesellschaften werden bis zu 60 Proz. in Anspruch genommen.

Auch die Post muß wieder zur Deckung des Fehlbetrages beitragen. Der Zugriff ist hier recht kräftig. Der gewöhnliche Brief soll 20 Pfg. kosten, im Ortsverkehr 10 Pfg. Ähnlich sind alle Gebührensätze erhöht worden, auch das bis jetzt verschont gebliebene Drucksachenporto.

Wenn nun der großbesitzende Steuerzahler durch all diese Anforderungen kopfschütteln werden und den Gedanken fassen sollte, beim Friedensschluß den steuergegneten Gefilden Deutschlands den Rücken zu kehren, dann erhebt der Reichsschatzsekretär eine große Warnungstafel mit der Aufschrift: „Steuerfluchtgesetz“. Wer das Deutsche Reich nach dem Kriege verlassen will, um anderen die Tragung der Kriegskosten zu überlassen und sorglos seinen Kriegsgewinn im Ausland zu verzehren, der muß sich zunächst die Einziehung von 20 Prozent seines Vermögens

gefallen lassen und belastet sich und seine Nachkommen außerdem mit der dauernden Ausschließung aus dem Deutschen Reich.

Was von all diesen Vorschlägen Gesetz werden wird, steht dahin. In der Zwangslage, einstweilen 3 Milliarden Mark durch Steuern jährlich neu aufzubringen, kommt der Reichstag mit kleinen Steuern jedenfalls nicht aus. Am nächsten Dienstag werden die Verhandlungen bereits beginnen.

## Niederlande.

WTB. Haag, 13. April. Die Zeitung „de Nedelanden“ bringt ein Gespräch mit dem früheren holländischen Gesandten in Amerika von Rappard, in dem dieser erklärt, er wisse bestimmt, daß das Getreide, das Holland aus den Vereinigten Staaten erhalten solle, nur wenig sein würde, ja: on deshalb, weil die Alliierten wenig haben. Die Ursache des Mangels sei nicht die schlechte Ernte, sondern die Desorganisation des Transportwesens. Jede Ordnung sei durch den Krieg umgeworfen. In Argentinien sei zwar genug Getreide, aber um das Getreide zu holen müsse Holland Bunkerkohle haben, die ihm die Vereinigten Staaten nur gegen Schiffsraum liefern würde. Die Regierung der Vereinigten Staaten wolle zwar helfen, aber sie müsse erst Amerika selbst helfen, dann seinen Freunden, dann den Bekannten. Holland gehöre aber nur zu den Bekannten der Vereinigten Staaten.

WTB. Rotterdam, 16. April. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant schreibt zu dem Angebot der Vereinigten Staaten, die „Hollandia“, „Java“ und „Juno“ unter der Voraussetzung, daß drei andere Schiffe nach Amerika fahren, mit Getreide nach Holland fahren zu lassen, das Angebot sei kein Entgegenkommen, sondern bedeute, daß der Strick noch enger geschlossen werde. Ueberdies solle die Fahrt der erwähnten Schiffe einen Ausnahmecharakter tragen. Daraus ergebe sich, daß die in neutralen oder überseeischen Häfen liegenden holländischen Schiffe keine Fahrt machen dürfen; wenn die niederländische Regierung das Anerbieten annehme, sei die ganze nicht beschlagene niederländische Flotte auf diese Weise demobilisiert.

## England.

500 Mark Geldstrafe für die Vorhersage des deutschen Sieges. In South Shields, so schreibt die Northshire Post, hatte sich ein Arbeiter vor Gericht zu verantworten, weil er seinem Arbeitsgenossen gesagt hatte: „Der Krieg dauert noch zwei Jahre, und dann werden wir die deutsche Flagge hier im Lande sehen!“ Zur Verteidigung wurde angeführt, solche Gespräche seien unter Arbeitern üblich. Der Angeklagte wurde dennoch zu 25 Pfund Geldstrafe verurteilt.

## Irland.

WTB. Amsterdam, 16. April. Nach einem heftigen Blatte erfahren die Times aus Dublin, daß in ganz Irland große Entrüstung über das Dienstpflichtgesetz herrscht. Die Einseiner sprechen von Opposition. Die parlamentarischen Nationalisten scheinen mehr an eine Politik des passiven Widerstandes zu denken. Die katholischen Geistlichen in Armagh halten Versammlungen ab, um einen feierlichen Bund gegen die Einführung des Dienstpflichtgesetzes zu stiften.

## Großrußland.

Bern, 18. April. Der Londoner Daily Express meldet aus Petersburg die Zunahme der reaktionären Strömung, die sich auf dem Lande in Judenpogromen zeige. In Petersburg habe die hungrige Volksmasse Hochrufe auf den verbannten Zaren und die Verfassunggebende Versammlung ausgebracht.

## Frankreich.

Paris, 17. April. Sabas. Die neue Untersuchung, die infolge der Enthüllungen Bolos eröffnet wurde, ist am Dienstag beendet worden. Der Verräter soll am Mittwoch früh in Vincennes hingerichtet werden.

## Spanien.

Madrid, 16. April. Wie die Information aus Madrid meldet, gehen zahlreiche spanische Zeitungen ausführlich einen Artikel der Kölnischen Zeitung wieder, welcher Spanien Gibraltar und Tanger als nationale Eigentümlichkeit zuspricht und erklärt, daß sich Deutschland beim Friedensschlusse zum Verteidiger der Interessen Spaniens machen werde. Die Correspondencia militare fordert neben der Befestigung Gibraltars und Tangers die Abkehr Portugals von England, um sich brüderlich mit Spanien unter einer für Portugal passenden Regierungsform zu vereinigen zwecks Durchführung einer gemeinsamen Politik des Neuen. Die Correspondencia richtet eine Aufforderung an die deutschfreundlichen Portugiesen, in diesem Sinne zu wirken. Ein Telegramm der Information besagt ferner, die ganze deutschfreundliche Presse lasse sich eingehend über diese Erwägungen aus. Die unabhängige Presse dagegen bekämpfe diese neue deutsche Intrigue. Das Blatt des Grafen Romanones Diario Universal schreibt, Deutschland habe Spanien immer ignoriert, Frankreich dagegen das Recht Spaniens niemals verkannt. Die Frage Tanger-Gibraltar müsse im Einverständnis mit Frankreich und England gelöst werden. Die Veränderung der Außenpolitik Spaniens wäre ein unglückliches Manöver, das Spaniens Interessen gefährden werde.

## Landwirte bereiten Brühfutter!

Die außerordentliche Knappheit an Futtermitteln zwingt den Landwirt, alle nur erreichbaren Futtermittel nutzbar zu machen. Junges Reisig, Laub, Kartoffelkraut, Leguminosenstroh, Streu von Gerste und Sommerweizen u. d. m., das in gewöhnlichem Zustande entweder von den Tieren nicht gern gefressen wird oder nicht zuträglich ist, kann durch Bereitung als Brühfutter zu einem bekömmlichen, gern genommenen Futter umgewandelt werden. Brühfutter wird, im Gegensatz zum eigentlichen Kochen und Dämpfen des Futters, dadurch hergestellt, daß man die Raufuttermassen, soweit nötig gehäckselt, unter Umständen auch noch zerkleinerte Hackfrüchte, eingedauerte Blätter, Schnitzel und dergl. durch Uebergießen mit heißem oder kochendem Wasser oder mit heißer Schlempe anmacht. In Haufen geschichtet oder in entsprechenden Kästen und Bottichen gebracht, wird alles meist auf die Dauer von 24 Stunden sich selbst überlassen. Währendem vollzieht sich eine Gärung, die hauptsächlich zu einem Gemische von milchsäuren und buttersäuren Verbindungen führt. Unter Rückwirkung der sich entwickelnden Wärme werden harte Raufutterteile erweicht. Dadurch wird das Zerlauen erleichtert. Auch die Gärung mürbt schon die Masse und macht sie für die Verdauungsfähigkeit zugänglicher. Die aromatische Säuerung, welche durch die Gärung entsteht, macht die Masse schmackhafter. Dadurch kann man die Tiere veranlassen, größere Mengen aufzunehmen. Will man die Schmackhaftigkeit der ganzen Brühfuttersmasse noch weiter erhöhen, so mengt man noch Melasse oder Futtererschrote zu, soweit sie gewöhnlich den Tieren ohnehin zukommen sollen. Vielen Landwirten wird es dadurch möglich sein, mehr Vieh zu halten, oder was ratsamer ist, ihren bisherigen Viehbestand besser zu ernähren.

## Vermischte Nachrichten.

\* Verhängnisvoller Pöbel. Weil er einen Pöbel im Gesicht nicht beachtet hatte, zog sich ein Bahnbeamter in Genthin eine Blutvergiftung zu, an deren Folgen der 40jährige Mann nach kurzer Zeit unter Schmerzen verstarb.

\* Eine Flucht in die Öffentlichkeit. Der Stendaler Magistrat sieht sich veranlaßt, im „Altmarkter“ folgende Flucht in die Öffentlichkeit anzutreten: „Die hiesige Stadtverwaltung, Beamte und Privatpersonen werden seit Monaten in gemeiner Weise durch Briefe und Karten verleumdet. Um dem Feigling endlich das niederträchtige Handwerk zu legen, und ihn der verdienten Strafe entgegenzuführen, bittet der Magistrat das Publikum um Beistand bei der Ermittlung des Täters. Es wird eine Belohnung von 10 Mark zugesichert. In unserem Schaufenster ist einer der Schmähbriefe ausgehängt. Es dürfte nicht schwer sein, aus der Handschrift den Uebelthäter festzustellen. Der Name des Anzeigers wird geheim gehalten. Angaben wolle man im Rathaus, Zimmer Nr. 13, machen.“

## Anzeigen.

### Vorschuß- und Sparkassen-Verein

G. G. m. u. S.

### zu Holzappel.

Die diesjährige ordentliche

### Generalversammlung

des Vereins findet

Sonntag, den 28. April d. J.,  
nachmittags 4 Uhr

im Lokale des Herrn Wilhelm Hahn (Gasthaus zur Traube) dahier statt.

### Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht über den Geschäftsbetrieb pro 1917-18 und Entlastung für den Vorstand für Geschäftsführung 1917-18.
2. Bestimmung über die Verteilung des Reingewinns.
3. Wahl eines Direktors an Stelle des nach § 4 des neuen Statutes ausscheidenden Herrn Heinrich Schwarz.
4. Wahl eines Kassierers an Stelle des durch den Tod ausgeschiedenen Herrn Karl Ant. Hahn bis zu dessen am 28. Februar 1919 abgelaufenen Wahlperiode.
5. Wahl zweier Aufsichtsratsmitglieder an Stelle der nach §§ 24 und 25 des neuen Statutes ausscheidenden Herrn Obersteiger Ludwig Schaub und Wilhelm Schmittel.
6. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes an Stelle des provisorisch gewählten Kassierers Herr Wilhelm Kasper bis zu dessen am 28. Februar 1919 abgelaufenen Wahlperiode.
7. Berichterstattung über die im Jahre 1917 stattgehabte Revision seitens des Verbandsrevisors.

Gleichzeitig wird bemerkt, daß der Geschäftsbericht nebst Bilanz vom 21. April bis 28 d. Mts. zur Einsicht der Genossen bei dem Direktor Herrn Heinrich Schwarz offen liegt.

Holzappel, den 19. April 1918.

### Der Vorstand.

Heinrich Schwarz. Wilhelm Kasper. Adolf Wilhelm.

### Betr. Eierausgabe.

Freitag, den 19. d. Mts. kann auf Abschnitt 5 der Eierkarte ein Ei bei der Eierstelle bezogen werden.

Der Preis für ein Ei beträgt 35 Pfg.

Freienbies, den 17. April 1918.

Der Bürgermeister: Kuzler.